

Herr Liene bezieht sich auf die großen Rückstellungen im Baubereich und geht auch auf die Kritik der Gemeindeprüfungsanstalt ein. Er kündigt an, dass die FDP in Bezug auf die Schaffung personeller Kapazitäten mit einem Antrag an den Personalausschuss herantrete.

Der Bürgermeister nimmt dies zur Kenntnis und ergänzt, dass man bestrebt sei, die personellen Kapazitäten zu erhalten, z.B. wenn jemand in den Ruhestand gehe. Zurzeit sei eine entsprechende Stelle ausgeschrieben.

Herr Meeser erklärt, dass der Nachtragshaushalt grundsätzlich aufschlussreich sei. Bedenken habe man wegen der Kostenexplosionen im Baubereich. Zudem sei man nach wie vor nicht damit einverstanden, die geplante Gewerbesteuererhöhung zurückzunehmen. Die Gewerbebetriebe hätten aufgrund erheblicher Mehreinnahmen alle gut verdient und sollten sich auch an der Konsolidierung des Gemeindehaushaltes beteiligen. Aufgrund dieser beabsichtigten Maßnahme werde die BfE dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Der Bürgermeister macht noch einmal deutlich, dass der Steuersatz von der vorübergehenden Erhöhung auf den zuvor geltenden Satz zurückgeführt werde. Betrachte man dies so, sei es keine Ermäßigung bzw. Herabsenkung. Vergleiche mit anderen Kommunen, auch über die Landesgrenzen hinaus, verdeutlichen, dass Eitorf nicht gerade niedrige Steuersätze habe. Drehe man weiter an der Steuerschraube, nehme man den Betrieben die Luft zum Atmen und die Möglichkeit, weiter zu investieren. Die Betriebe müssten konkurrenzfähig bleiben.

Herr Kolf bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Liene. Im Grunde seien Rückstellungen zwar nicht wünschenswert aber auch nicht schlimm. Das Problem liege jedoch nicht ausschließlich an den Personalkapazitäten, sondern auch an den ausgelasteten Unternehmen. Zudem unterstreicht er die Ausführungen des Bürgermeisters zur Gewerbesteuer.

Herr Meeser sieht in diesem Jahr noch erhebliche Risikofaktoren. Auf seine Frage erklärt Herr Bohlscheid, dass die Zinsaufwendungen für langfristige Kredite im Haushalt mit rund 400.000 Euro abgebildet seien.

Herr Scholz geht auf das schwierig zu betrachtende Thema Gewerbesteuer ein und verweist auf die Systematik, wonach Gewerbesteuer nicht – wie bei der Einkommenssteuer – zurückerstattet, sondern verrechnet würde. Es sei absolut sinnvoll, den Satz im Rahmen zu halten, um damit auch ein Signal zu setzen.

Herr Mittermeier hinterfragt die Investitionen für die Instandsetzung der Tennishalle, die doch seines Wissens nicht im Eigentum der Gemeinde sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Halle als Ersatzlösung für den Schulsport angemietet wurde und von daher bestimmte Aufwendungen zu tätigen seien.

Nachdem sich keine Wortmeldungen mehr ergeben, lässt der Bürgermeister über den Beschlussvorschlag abstimmen.